



DSTG informiert

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2016 Nr. 7



**DSTG fordert höhere
Stellenanmeldungen und 200
Auszubildende pro Laufbahn**

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.



Für mich: BBBank-Junges Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. Kostenfreie Kontoführung bis 27 Jahre, danach erfolgt automatisch die Umwandlung in ein Bezügekonto. Voraussetzung für eine kostenfreie Kontoführung ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart: Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Bezüge.

²⁾ Zinssatz variabel, befristet bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; vierteljährliche Zinsgutschrift

³⁾ Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto über das dbb vorsorgewerk für die Dauer der Ausbildung (max. 3 Jahre)

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Junge Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung¹⁾ und Verzinsung des Kontoguthabens (bis max. 1.000,- Euro).²⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- Jährlich 30,- Euro Bonus³⁾ während der Ausbildung

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen weiteren Vorteile** Ihres neuen Kontos unter Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de



Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,

die Deutsche Steuer-Gewerkschaft erneuert immer wieder – bei jeder sich bietenden Gelegenheit – die Forderung nach mehr Personal in den Finanzämtern. Dieser Ruf verhallt jedoch weitestgehend in der Politik ungehört, da die Verwaltungsspitze in der Senatsverwaltung für Finanzen sich dieser Forderung – wie ich meine, wider besseres Wissen – nicht anschließt.



Detlef Dames

Obwohl jederzeit durch Zahlen belegbar, negieren die Vertreter der Senatsverwaltung für Finanzen den Bedarf an Personal, der jedoch in den Finanzämtern in der täglichen Arbeit mehr wie spürbar ist. Es wäre langsam an der Zeit, dass führende Beamte und Beamtinnen dazu übergehen, für das Personal in den Finanzämtern eine objektive Bedarfsermittlung zu erstellen. Zeiten, in denen sich die Führungsebene im Wege des vorwegeilenden Gehorsams dem jeweiligen Finanzsenator gegenüber gefällig zeigen wollte, sollten und müssten vorbei sein, da der jetzige Finanzsenator anders gestrickt ist.

Nicht nur die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, sondern auch die Verwaltung muss in der Lage sein, gegenüber dem Finanzsenator den unbequemen Weg mit der Forderung nach mehr Personal zu gehen. Auch das gehört im Übrigen dazu, wenn man das Leitbild aktiv leben möchte. Behauptungen, wie „zum Zeitpunkt der Einstellung der Laufbahnbewerber zum 01.10. des jeweiligen Jahres sind alle Stellen besetzt“, sollten wegen der nachweislichen Unrichtigkeit durch Blick in die jeweilige Quartalsstatistik im AIS der Vergangenheit angehören.

Unsinnige Äußerungen wie „denken Sie nicht in Problemen, sondern in Lösungen“ sind nicht nur untaugliche, sondern auch ärgerliche und platte Todschlagargumente. Genauso gut könnte ich einem Hundertmeterläufer bei der Teilnahme an den Olympischen Spielen mit auf den Weg geben: „Wenn du gewinnen willst, musst du schneller laufen“.

Leitbild zu leben bedingt zu erkennen, dass nicht nur die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, sondern auch die Verwaltung die Verpflichtung hat, den Beschäftigten in den Finanzämtern ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das nicht geprägt ist durch Arbeitsverdichtung infolge von Personalmangel.

Auch zur Umsetzung des Gesundheitsmanagements gehört mehr, als die Durchführung von sogenannten BEM-Gesprächen als Alibiveranstaltung. Von allen Führungskräften und von der Politik ist immer zu vernehmen, dass die ach so hohe Krankenquote gesenkt werden müsse. Richtig, auch wir sehen das so. Aber dann muss auch das zentrale krankmachende Problem des Personalmangels angegangen werden.

Es ärgert mich, es ärgert die Deutsche Steuer-Gewerkschaft und es ärgert alle Beschäftigte, dass die Verwaltung vor dieser Verantwortung die Augen verschließt und das augenscheinliche Problem nachhaltig ignoriert.

Wir, die Deutsche Steuer-Gewerkschaft werden daher nicht nachlassen, bei Verwaltung und Politik den Finger in die Wunde zu legen und mehr Personal zu fordern.

Mit kollegialen Grüßen

Impressionen einer Delegierten vom LaHaVo:

Sieh an!

Da war ich doch kürzlich unverhofft Delegierte beim Landeshauptvorstand am 12.10.2016.

Wie überall gibt es auch bei der DSTG verschiedene Entscheidungsebenen. Neben den örtlichen Vorstands- und den monatlichen Landesvorstandssitzungen gibt es noch den Landeshauptvorstand jedes Jahr. Diesmal traf es das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen. Das kannte ich noch nicht als Tagungsort. Es war ein regnerischer Tag und ich fand nicht gleich einen Parkplatz. Dann muss man noch lange enge Gänge entlang laufen und landet schließlich in einem riesigen Raum – der Bibliothek offensichtlich (wurden alle diese Bücher eigentlich schon mal benutzt?). Natürlich war ich zehn Minuten zu spät und alle Gesichter wandten sich mir zu, als ich mich herein schleichen wollte. Und natürlich sah ich den Wald vor lauter Bäumen nicht, sprich: meine Finanzamts-Kollegen. Bis sich eine von ihnen entschloss, mir zuzuwinken.

Nachdem ich mich endlich auf meinem Platz eingerichtet hatte, hörte ich sehr konzentriert zu. Es dauerte allerdings einen Moment, bis ich realisierte, dass der eloquent wirkende ununterbrochen redende Typ vorne ein Vertreter des dbb Vorsorgewerks war – seines Zeichens Vermögensberater (Altersvorsorge), der uns die Vorteile des Vorsorgewerks nahebringen sollte und wollte. Die es ohne Zweifel gibt! Sie sollten sich das mal näher ansehen. Es lohnt sich! Und spricht für sich!



Delegierte des Landeshauptvorstands

Danach ging es dann richtig los.

Berichten über vergangene Termine – wie Tag der Steuergerechtigkeit, Seminare, Landespersonalausschuss usw. – folgten Abstimmungen über den vergangenen und den zukünftigen Haushalt (unsere Finanzen werde ich jetzt hier nicht ausbreiten).

Wir erfuhren u.a., dass die voraussichtlich letzten Angestelltenlehrgänge stattfinden werden, um Kollegen eine Höhergruppierung zum Sachbearbeiter zu ermöglichen. Dazu ist ein Lehrgang unerlässlich. Anfang 2017 steht die Tarifrunde der Länder ins Haus. Demonstrationen sind in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen. Sie sollten schon jetzt darüber nachdenken, ob Sie nicht mal wieder mitmachen. Ohne Druck kein Ruck!

Und Tarifpflege ist immer angesagt. Zum Beispiel gibt es bei der Entgeltgruppe 9 noch unterschiedliche Stufen in Bund und Ländern.

Im Beamtenbereich wird Ersatz für weggehende Ausgebildete gefordert. Dieses Problem kennen Sie. Da gibt der Staat mit Einstellungszahlen an. Und am Ende bleibt nur die Hälfte übrig. Darüber redet dann keiner mehr öffentlich.

Ja, und dann wird noch überlegt, Formulare zukünftig auch in Englisch zu erstellen. Die DSTG ist bisher davon nicht so begeistert. Schreiben Sie doch mal Ihre Meinung dazu.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die Vorbereitungen für die GPR-Wahl dieses

Jahr ein. Da will ich natürlich noch nichts verraten, bevor es losgeht. Ich denke, wir werden Sie überzeugen!

Wie ein roter Faden zog sich durch die ganze Veranstaltung die Sorge um die Zukunft. Per 1.10.16 werden weit über 200 Stellen unbesetzt sein. In manchen Finanzämtern gibt es niemanden mehr unter 27 Jahren. Wie soll die Arbeit bei all den anstehenden Pensionierungen noch klappen? Kein Wunder, dass der Unmut und die Unlust unter den Kolleginnen und Kollegen am Wachsen sind. Im Gegenteil, man muss sich wundern, dass alles noch halbwegs läuft!



Rolf Herrmann, Mitglied der Landesleitung

Als kleines Trostpflaster wurde dann zum Schluss verkündet, dass die DSTG nächstes Jahr eine Kuba-Reise veranstaltet. Erkundigen Sie sich bei Ihrer DSTG-Bezirksgruppe! So, überstanden. Stundenlang Probleme wälzen ist recht anstrengend. Ohne Kaffeepause hätte ich mich schwer getan. Vielen Dank an die Bezirksgruppe im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen!

Regina Tischler

DSTG fordert von der Politik eine Zukunft für die Finanzämter

Die neue Landesregierung scheint den öffentlichen Dienst im Land Berlin neu aufstellen zu wollen und mit einer angemessenen Personalverstärkung viele Verwaltungsbereiche zukunftsorientiert den Anforderungen an eine schnell wachsende Stadt anpassen zu wollen. Während Polizei, Lehrer und Bürgerämter in diesem Zusammenhang ständige Erwähnung finden, vermisst die Deutsche Steuer-Gewerkschaft in dieser Prioritätenliste die Finanzämter. Gerade die Finanzämter mussten in den zurückliegenden Jahren unverhältnismäßig personell bluten und Einsparungen hinnehmen.

Die Finanzämter sind personell für die Aufgaben einer wachsenden Stadt - mit einer schnellen Zunahme von Steuerbürgern - nur unzureichend bis schlecht ausgestattet. Die bundeseinheitliche Personalbedarfsberechnung (PersBB) ist ein gutes Instrument, wenn man sie denn mit dem notwendigen Augenmaß anwenden würde. Mit der PersBB werden alle Aufgaben, die im Finanzamt von Gesetzes wegen zu erledigen sind - unter Beimessung eines Zeitfaktors, multipliziert mit der Anzahl der Aufgaben - in Zeit und dann in notwendige Stellen umgerechnet. Das klingt zunächst einmal vernünftig, da es nach einer objektiven Methode aussieht, die alle Bundesländer miteinander vergleichbar macht. Aber, der Unterschied liegt im Detail. So haben nicht zwei Bundesländer die gleiche Organisationsform in ihren Finanzämtern. Und, was noch stärker zu Buche schlägt: Für einzelne Aufgaben gibt es die Möglichkeit innerhalb einer zeitlichen Bandbreite zu wählen. Während die Mehrzahl der übrigen Bundesländer immer vom höchsten Zeitverbrauch für die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe ausgeht, ist hier die Sichtweise der Senatsverwaltung für Finanzen – zuständig für diese Berechnung – eine andere. Vermehrt wird hier von dem niedrigsten Zeitverbrauch ausgegangen. Unnötigerweise ist dann die so errechnete Bedarfszahl der PersBB - gemessen am tatsächlichen Bedarf in der Praxis - um schätzungsweise 600 bis 700 Stellen zu niedrig.

Von dieser Zahl wird dann noch einmal die sogenannte „Entbehnungsquote“ von 10% abgezogen, was zu einer weiteren Stellenminderung von rund 750 Stellen führt.

Diese Berechnungen berücksichtigen im Übrigen nur die Aufgaben bis zu einem Stichtag, nicht aber die Aufgaben der Zukunft nach diesem Stichtag.

So hat nun die PersBB auf den 01.01.2015 unter rückwärtsgewandter Betrachtung der Aufgabenerledigung einen Bedarf von 45 Stellen ergeben. Unter Berücksichtigung der o.g. Kürzungen hat die Verwaltung damit einen Personalunterbestand von 45 Stellen anerkannt. Die zunehmende Aufgabenfülle nach diesem Stichtag hat dabei aber keinerlei Berücksichtigung gefunden.

Tragisch wird dieser Systemfehler indem die PersBB auf den 01.01.2015 als Grundlage für die Stellenzuweisungen im Landeshaushalt 2016/2017 gemacht wird und damit die Mehraufgaben der Jahre 2015, 2016 und 2017 komplett unter den Tisch fallen. Somit werden die Finanzämter von der für die Aufgabenerfüllung der wachsenden Stadt notwendigen Personalverstärkung völlig abgekoppelt. Die daraus entstehende unverhältnismäßig hohe Arbeitsverdichtung ist ohne gesundheitliche Beeinträchtigung von den Beschäftigten in den Finanzämtern nicht mehr händelbar.

Wenn die Stellensituation und damit die Sollstärke nicht schon prekär genug wäre, ist die Iststärke in den Finanzämtern nicht minder dramatisch.

Nach Zuweisung, der wie eben dargelegt, unzureichenden Stellenzahl an die Finanzämter ist der Quartalsstatistik zum 30.09. bzw. 01.10.2015 zu entnehmen gewesen, dass trotz der Einstellung der Laufbahnabsolventen für den mittleren und gehobenen Dienst rund 250 Stellen unbesetzt waren. Eine Tendenz, die in 2016 noch im Steigen begriffen sein wird, da die Zahl der durch Rente und Pensionierung ausscheidenden Beschäftigten jährlich steigt, während die Zahl der Anwärter, die die Laufbahnprüfung bestehen stetig sinkt.

Angesichts der bis zum Kalenderjahr 2020 ausscheidenden 20% der Beschäftigten ist eine Steigerung der Ausbildungszahlen von 150 im Kalenderjahr 2016 auf 160 und im Kalenderjahr 2017 auf 170 in der Wirkung allenfalls homöopathisch. Diese Zahlen sind nicht geeignet um die Personallücken zu schließen.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird daher weiterhin die folgenden Forderungen an den Finanzsenator richten:

- **Machen Sie die Finanzämter mit einer höheren Stellenzuweisung fit für die Aufgaben, die eine wachsende Stadt mit sich bringt.**
- **Steigern Sie die Ausbildungszahlen sofort auf die notwendige Zahl von 200 pro Laufbahn.**
- **Lassen Sie die Einstellung von Quereinsteigern für Tätigkeitsbereiche zu, die keiner steuerlichen Ausbildung bedürfen (Geschäftsstelle, Poststelle, IT-Bereich, TFA, ZZFÄ und Spielbank).**

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
 Kluckstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
 www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Bernd Raue, Christa Röglin, Christoph Opitz

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: eXtremdruck, Rödenauen 18, 96465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
 Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.

Wetten, wir sind günstiger?!

50 Euro sind Ihnen sicher

Wir wetten, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen, z. B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung, zur HUK-COBURG mindestens 50 Euro im Jahr sparen.

Verlieren wir die Wette, erhalten Sie einen Einkaufsgutschein von Amazon im Wert von 50 Euro, ohne weitere Verpflichtung.

Rufen Sie an und vereinbaren Sie einen Vergleichstermin!

Die Wette gilt bis zum 31.12.2016. Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.HUK.de/checkwette

Kundendienstbüro

Miriam Simsek

Tel. 030 71096902

Fax 030 71096912

Miriam.Simsek@HUKvm.de

Friedrich-Karl-Str. 9

12103 Berlin

Mo., Di. 10 – 13 und 14 – 18 Uhr

Mi., Fr. 10 – 15 Uhr

Do. 10 – 13 und 15 – 20 Uhr



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Die Landesfrauenvertretung informiert

Liebe Kolleginnen,

ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die neue Regelung der Dienstzeiten zu einer großen Benachteiligung für Mütter bei der Wiedereinführung der Jubiläumszuwendungen für Beamtinnen und Beamte führen kann.



Dies erläutere ich anhand eines Beispiels :

Eine Kollegin trat am 01.03.1974 ihren Dienst an. Danach wäre

am 01.03.2014 der Zeitpunkt des 40jährigen Dienstjubiläums gewesen.

Nach dem bis zum 15.06.2016 geltenden Recht wurden die Dienstzeiten jedoch um die Elternzeit gekürzt. In diesem Beispiel um 2 Jahre und 8 Monate; so dass der Jubiläumstag auf den 08.11.2016 gefallen wäre.

Seit 17.06.2016 gilt das neue Recht. Danach ist auch Elternzeit wieder Dienstzeit:

„Der Beschäftigungsumfang sowie eventuelle Beurlaubungszeiten mit oder ohne Dienstbezüge, die innerhalb dieser Dienstzeiten liegen, führen nicht zum Hinausschieben des Jubiläumstages bzw. verringern nicht die für das Dienstjubiläum zu berücksichtigenden Dienstzeiten. Dies gilt auch bei Inanspruchnahme von Elternzeiten.“

Danach wäre jetzt der Jubiläumstag wieder der 01.03.2014.

Denn das Rundschreiben I Nr. 13/2016 lautet zu 2.4.a:

"Keine Fortgeltung der Jubiläumsdienstalter nach altem Recht.

Gegebenenfalls nach früheren Regelungen festgesetzte Jubiläumsdienstalter sind daher für die Anwendung der neuen Regelung nach § 75a LBG ohne Belang."

Diese Kollegin erhält nun noch nicht einmal eine Jubiläumsurkunde und natürlich keinen freien Tag und keine Jubiläumszuwendung i.H.v. 450 Euro.

Wertschätzung nach dem Leitbild für das Ressort Finanzen gilt offenbar nicht für alle gleichermaßen.

Die Landesfrauenvertretung der DSTG fordert in diesen Fällen eine gerechte Regelung für Mütter.

Da diese Regelung nicht nur die Frauen in der Finanzverwaltung trifft, findet zeitnah ein Treffen mit der Frauenvertretung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin statt, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Sollten Sie weitere Fragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden.

Herzliche Grüße

Marita Bartelt

DSTG Landesfrauenvertreterin

Marita Bartelt

Meine Kontaktdaten:

Tel. im FA FuSt: 9024-32317

E-Mail: marita.bartelt@dstg-berlin.de